


1 K4000 00081

BERLIN



Deutsche Post 
FR 05.11.24 0,85

1D 2000 0734
00 03DD 01D4

Obverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Hardenbergstr. 31, 10623 Berlin

Herrn
Marco Hinz

24782 Būdelsdorf

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

1. Senat



Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Hardenbergstr. 31, 10623 Berlin

Herrn
Marco Hinz
[REDACTED]
24782 Büdelsdorf

*Eingang am
13.11.2024
[Signature]*

Aktenzeichen (Bitte stets angeben) Ihr Zeichen
OVG 1 S 77/24

Durchwahl Datum
030 90149-8738 31. Oktober 2024
Intern 9149-8738

Sehr geehrter Herr Hinz,

in der Verwaltungsstreitsache

[REDACTED] ./. Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam

erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses vom 31. Oktober 2024.

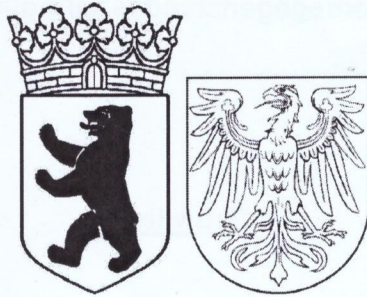
Mit freundlichen Grüßen
Auf Anordnung
Bautz
Die Geschäftsstelle

Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig, weil es mit einer Datenverarbeitungsanlage erstellt wurde.

Sprechzeiten:	Fahrverbindungen:	Anschrift:	Telefon: 030 90149-80
Montag, Dienstag und Donnerstag: 08:30 bis 15:00 Uhr	S-Bahn Zoologischer Garten	Hardenbergstraße 31	Intern: 9149-80
Mittwoch und Freitag: 08:30 bis 13:00 Uhr	U-Bahn Zoologischer Garten	10623 Berlin	Telefax: 030 90149-8808
Donnerstag nach Vereinbarung: 15:00 bis 18:00 Uhr	Bus Hardenbergplatz		www.ovg.berlin.brandenburg.de

Hinweise zum Datenschutz unter www.ovg.berlin.brandenburg.de/service/datenschutz oder auf Anforderung

Eingang am
13.11.2024
HSD



**OBERVERWALTUNGSGERICHT
BERLIN-BRANDENBURG**

BESCHLUSS

OVG 1 S 77/24

VG 3 L 512/24 Potsdam

In der Verwaltungsstreitsache

des Herrn [REDACTED]

[REDACTED] 14480 Potsdam,

Antragstellers und Beschwerdeführers,

bevollmächtigt:

Beistand

Marco Hinz, [REDACTED] 24782 Büdelsdorf,

Art. 6 MRK! & Art. 14 I UN-Pakt

g e g e n

HSD

den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam,

Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam,

Antragsgegner und Beschwerdegegner,

hat der 1. Senat durch die Vorsitzende Richterin am Obergerverwaltungsgericht
Dr. Galler-Braun, die Richterin am Obergerverwaltungsgericht Süchting und den
Richter am Obergerverwaltungsgericht Böcker am 31. Oktober 2024 beschlossen:

Die Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 27. September 2024 wird verworfen.

Die Kosten der Beschwerde trägt der Antragsteller.

Der Wert des Beschwerdegegenstandes wird auf 5.000,00 EUR festgesetzt.

322 S&B

Gründe

Die Beschwerde gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Potsdam vom 27. September 2024 ist unzulässig und daher zu verwerfen.

Die Beschwerde wahrt die Frist des § 147 Abs. 1 Satz 1 VwGO nicht. Zwar ging die Beschwerdeschrift am 11. Oktober 2024 bei dem Verwaltungsgericht ein; allerdings ist der Einsender der Beschwerdeschrift, Herr Marco Hinz, nicht berechtigt, vor dem Obergerverwaltungsgericht aufzutreten (§ 67 Abs. 4 i. V. m. Abs. 2 Satz 1 VwGO), weshalb die Beschwerdeschrift nicht geeignet ist, die Frist zu wahren. Auf das Vertretungserfordernis wurde in der Rechtsmittelbelehrung des angegriffenen erstinstanzlichen Beschlusses und mit gerichtlichem Schreiben vom 16. Oktober 2024 hingewiesen.

Der mit einer zutreffenden Rechtsmittelbelehrung versehene Beschluss des Verwaltungsgerichts wurde dem früheren Verfahrensbevollmächtigten des Antragstellers am 27. September 2024 zugestellt. Die Frist zur Erhebung der Beschwerde endete daher mit Ablauf des 11. Oktober 2024 (§ 57 VwGO i. V. m. § 222 Abs. 1 ZPO i. V. m. §§ 187 Abs. 1, 188 Abs. 2 erste Alternative BGB). Daher kann nunmehr auch durch einen vor dem Obergerverwaltungsgericht vertretungsberechtigten Prozessbevollmächtigten eine Beschwerde in zulässiger Weise nicht mehr erhoben werden.

An dieser Einschätzung wird auch unter Berücksichtigung der Ausführungen des Antragstellers im Schreiben vom 11. Oktober 2024, beim Verwaltungsgericht Potsdam am 17. Oktober 2024 eingegangen, festgehalten. In dem Schreiben gibt Herr Hinz an, Nichtjurist zu sein (Seite 25 seines Schreibens). Entgegen seiner Auffassung bestehen auch keine Bedenken an der Verfassungsmäßigkeit von § 67 Abs. 4 VwGO (vgl. BVerfG, Kammerbeschluss vom 18. Dezember 1991 - 1 BvR 1411/91 -, juris, Rn. 5; BVerwG, Beschluss vom 4. Juli 2006 - 10 B 39.06 -, juris, Rn. 1).

Art. 6 MRK

Nur Kommentar ohne
Bedeutung für jene die Gesetze kennen!

prüfen ob RA noch RVG?!

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 2 VwGO. Die Streitwertfestsetzung beruht auf § 47 Abs. 1, § 53 Abs. 2 Nr. 2, § 52 Abs. 2 GKG.

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO, § 68 Abs. 1 Satz 5 i.V.m. § 66 Abs. 3 Satz 3 GKG).


vielen lieben Dank!

fehlt

Dr. Galler-Braun

Vors. RiOLG

Beglaubigt

 Kurt Bracht
Bautz, Justizbeschäftigte



fehlt

Süchting

RiOLG

Nr. 2

fehlt

Böcker

unbekannt
fehlt in
WdG

2016-2025

„Für die Richtigkeit der Übertragung von der Urschrift“

Nicht einmal „als Urkundsbeamtin“ da nur
Beschäftigte



6! Setzen!

Der Jhr